

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18693, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermine der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 11. September 1928 Nummer 213

Brüste Ablehnung der deutschen Forderung

Scharfe Drohungen gegen die Sowjetunion / Provokationen Briands / Das Ende der Locarnopolitik

Eine Kriegssrede Briands

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung.)
Briand hielt in der gestrigen Vollversammlung des Völkerbundes eine Rede, deren historische Bedeutung unverkennbar ist. Seine Ausführungen waren mehr als eine bloße Zurückweisung der von Hermann Müller formulierten Forderungen Deutschlands und mehr als eine freche Drohung gegen die Sowjetunion. Sie bedeuten vielmehr — und darin ist alles andere eingeschlossen — den dokumentarischen Schlaghieb unter die Locarnopolitik und die einseitige Manifestation der neuen, durch das englisch-französische Bündnis eingeleiteten Politik, die in ihrer sozialfeindlichen Erklärung über Locarno hinausgeht und eine weitere Etappe in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion darstellt. Das Locarnoabkommen, verglichen mit dem englisch-französischen Abkommen, dessen Inhalt sich im wesentlichen ermitteln läßt, ist sehr elementarer Natur und bedeutet nach der durch den Ausgang des Krieges bedingten Umgruppierung der Mächteverhältnisse den ersten Versuch einer Wiederherstellung des „Gleichgewichts“ in Europa. England, dessen Hegemonie noch unbestritten war, versuchte damals gegen das erstarkende Frankreich sich eine Art von Rückenbedeckung zu verschaffen, indem es Deutschland als Gegengewicht gegen Frankreich in den Locarno-Krieg und Völkerbund hineinzog.

berlein das Vertrauen in diese Tatsachen mindern. Briand wandte sich jedoch der Abrüstungsfrage zu.
Es ist sehr leicht, nach Locarno und dem Kellogg-Pakt von einer völligen und sofortigen Abrüstung zu sprechen; z. B. ein großes Volk in Europa, das nicht zum Völkerbund gehöre und das den Kellogg-Pakt unterzeichnet habe, habe den Antrag auf volle Abrüstung gestellt. Dies sei aber mehr eine theatralische Geste.
Man müsse fragen, ob hier nicht beabsichtigt sei, jeden Krieg zu verhindern, aber nur den internationalen Krieg. Denn dieses Volk, das der Auffassung sei, daß es allein die obige Wahrheit vertrete, bereite einen anderen Krieg, den sozialen Krieg, vor, der nicht weniger jacobinisch und nicht weniger blutig sein würde und der nicht geringere Verheerungen in der Welt hervorbringe würde als der Weltkrieg. Unter diesen Umständen sei es unmöglich, Maßnahmen zu treffen, um Europa von dieser Gefahr gegen diese Gefahr zu entziehen.
Unterblümt erklärt hier Briand, daß gegen die Sowjetunion gekämpft wird, weil sie der Staat der sozialen Revolution ist. Das Völkchen für die Arbeiter an dieser Rede ist, daß Briand die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland offen eingesteht, daß er gleichseitig erklärt, daß deswegen gekämpft wird, weil Rußland das Land der Arbeiter und Bauern ist. Es wird sehr gut sein, diese Erklärung Briands gegen die Russlandsche der Sozialdemokraten zu unterstreichen.
Mit einer besonderen Schärfe wendete sich dann Briand gegen die Abrüstungsforderung Deutschlands. Die Erklärung des Abrüstungsproblems ist unmittelbar an die Behandlung des Sicherheitsproblems gebunden, und Fortschritte hierin hätten nicht in den letzten Jahren aus dem Grunde nicht erzielt werden können, weil gewisse Staaten bestimmte, ihnen auferlegte Verpflichtungen nicht mit dem notwendigen guten Willen durch-

geführt hätten. Die deutsche Regierung habe bekanntlich mit verschiedenen Strömungen der deutschen Öffentlichkeit kämpfen müssen, und nicht immer folgen befanntlich die Völker ihren Regierungen.
Die deutsche Abrüstung sei jetzt eine Tatsache und Wahrheit. Könne man jedoch im gegenwärtigen Augenblick wirklich ernsthaft behaupten, daß Deutschland völlig abgerüstet sei? So treffe zu, daß Deutschland eine Armee von mehr als 100.000 Mann besitze. Dies sei eine Armee eigenartiger Natur, die aus Offizieren und Unteroffizieren bestände, und somit eine Kadretarmee darstelle.
Wenn hinter dieser Armee ein Volk von der Größe und den unerlöschlichen Kräftequellen und Mitteln stände wie das deutsche Volk, dann könnten noch unzählige Menschen mobilisiert werden. Deutschland habe sich eine der ersten Handelsflotten der Welt geschaffen, da müsse man sich fragen, ob nicht auch die gleichen Fabriken, die heute für den Frieden arbeiten, von einem Tag zum anderen für den Krieg arbeiten könnten. Ohne weiteres könnten diese Fabriken die heute Friedenssergebnisse herstellen, die gefährlichsten Kriegsvorbereitungen herstellen.
Briand behauptet dann das englisch-französische Abkommen, er nennt dieses neue Kriegsbündnis ein Abkommen über die Durchführung von Abrüstungen. Er verteidigt dann den Kellogg-Pakt. Ohne Zweifel hat aber keine Ausführungen die Scharfe Ablehnung der deutschen Forderungen. Ebenso wendet er sich in der Rede Briands gegen die Russlandsche der Sozialdemokraten.
Diese Rede Briands ziel großes Aufsehen hervor. Er bezieht sich darauf, den Pressevertretern eine Erläuterung zu geben, in der er keine Ausführungen über nur unterstreicht. Die Abrüstungen geben nur langsam. Es gäbe kein Volk, das so abgerüstet sei, daß es keinen Krieg führen könne.
Hinter der deutschen Kadret-Armee stünde ein unermessliches Reservoir an Menschen. Die deutschen Fabriken könnten gleich wieder Kriegsmaterial herstellen. Briand erklärte nochmals, für eine vollständige Abrüstung bestünde keine Aussicht. Eine völlige Abrüstung sei überhaupt nicht möglich.

Nachdem Frankreich seine Position so verfestigt hat, daß es als die härteste Kontinentalmacht auftreten kann, und der deutsche Imperialismus sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht an Gewicht zuzunehmen, sind der Locarnopolitik die Grundlagen entzogen. Die Locarno-Gruppe ist durch die Entwicklung überholt, und die Weltmacht England und Frankreich zogen nur die Konsequenzen aus dieser Tatsache, als sie sich zu einer „neuen Entente“ zusammenschlossen, deren Spitze noch ungewisser als Locarno gegen die Sowjetunion gerichtet ist und die mit ungleich schwereren Druckmitteln die deutsche Bourgeoisie in die englisch-französische Antisowjetfront drängt. Diese grundlegende Veränderung der politischen Situation in Europa hat Briand in seiner Genfer Rede klar umrissen.

Der französische Außenminister hat in Genf mit besonderer Schärfe über die Stellung Frankreichs gegen die Sowjetunion und gegen die deutschen Forderungen gesprochen. Briand wolle Hermann Müller wohl mit aller Klarheit zum Bewußtsein bringen: gegen Sowjetrußland gibt es nur den Krieg, und ihr habt euch demselben ohne Vorbehalten und bedingungslos anzuschließen.

Briand begann seine Rede mit einer diplomatischen Vohubelei für den Völkerbund. Der Völkerbund bilde die einzige Sicherheitsgarantie, er werde immer Vertrauen zum Völkerbund haben. Dabei war Briands Rede ein einziger Schlag gegen den Völkerbund. Klarlich verriet Briand, daß er unbedingt für den Frieden sei. Gleich darauf zeigte er aber durch seine unerbittliche Drohung gegen die Sowjetunion, wie er die Friedensliebe versteht. Der Pakt von Paris sei keine Rede gewesen, sondern eine Tat. Die Taten seien das wert, was die Völker aus ihnen machten. Aber man dürfe nicht von vorn-

Unter dem Banner Naphhtalis

Gegen den Margismus
Von Willy Schneider, Freital

I.
Das Hamburger Rezept
Seit der letzten Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau 1925 sind die reformistischen Wälzen recht klapprig geworden. Die Praxis der Arbeitsgemeinschaftspolitik sich auf immer stärkeren Widerstand. Das Schlichtungsamt trat dazu bei, die demokratischen Illusionen in den Köpfen der Arbeiter zu zerstören, den Widerwillen gegen das Unterdrückungssystem der kapitalistischen Republik immer mehr zu weigern.
Der Widerspruch zwischen dem durch die Nationalisierung ungeheuer gefördertem Wachstum der Produktionskräfte und den verringerten Abnahmefähigkeiten hat keine

neue Verwendung der freigesetzten Arbeiter zur Folge gehabt. Das Gegenteil trat ein von dem, was man bei der Einführung der Nationalisierung durch die Reformisten den Arbeitern erzählt hatte. Die permanente Arbeitslosigkeit ist zum chernen Bestand der rationalisierten kapitalistischen Wirtschaft geworden. Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt treibt konsequent zu dem Versuch, durch die Steigerung der Arbeitsintensität und Verlängerung des Arbeitstages die Selbstkosten zu senken. Die Politik der Schleuberpreise zur Eroberung des Auslandsmarktes wird von dem Monopolkapitalismus zu ungeheurer Preiswucher im Inlande benutzt. Das aber bedeutet Verminderung der Konsumtionsfähigkeit der Massen und in der Folge einen relativ kurzfristigen Wechsel von Konjunktur und Krise. Die in den letzten drei Jahren in Deutschland mit allem Raffinesse durchgeführte Verbesserung der Produktionsmethoden hat das durchschnittliche Arbeitsergebnis auf den Kopf des einzelnen Arbeiters berechnet, gewaltig gesteigert, seinen Anteil an der Produktion, seinen Lebenshaltungstandard entsprechend gesenkt.
In den breiten Massen der Arbeiter hat die tägliche Praxis der sozialen Kämpfe und das Verlangen der reformistischen Gewerkschaftspolitik die Erkenntnis reifen lassen, daß jeder ernsthafte Kampf um die Erhöhung ihres Anteiles an der Produktion, die Steigerung der Lohnrate, nicht auf dem Wege über den kapitalistischen Klassenstaat und die Tätigkeit seiner Schlichtungsmechanik geführt werden kann. Immer klarer erkannten die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Notwendigkeit des Einsatzes der härtesten gewerkschaftlichen und politischen Kampfmittel, durch Verbindung und Steigerung der zahlreichen Einzelkämpfe zum Klassenkampf gegen die Ausbeuterklasse. Der Scharfschützprozess und die unausfallsame fortschreitende Einkreisung der Arbeitermassen nahmen immer bedeutendere Formen an.

Betrugsmanöver gegen die Arbeiter

Heute Parteianschluß der SPD / Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand und Zentriften

Heute tritt in Berlin der Parteiauschuß der SPD zusammen. Auf der Tagesordnung stehen:
1. die Bewilligung der 2. Rate, 2. die Stellung zum Volksentscheid und 3. die Abhaltung des Parteitag. Nach Ablehnung der Beteiligung am Volksentscheid und nach einem Kompromiß über die Einberufung des Parteitages in den ersten Monaten des nächsten Jahres — die Leipziger Volksversammlung fordert als frühesten Termin den Januar 1929 — soll ein zwischen dem Parteivorstand und den Zentriften abgeleitetes Spiel aufgeführt werden. Das Mittel dafür soll eine Resolution des Parteiauschußes sein, in der scheinbar die Ablehnung der 2. Rate für den Parteitag vor der Fraktion verlangt wird. Mit diesem Beschluß wird besonders versucht werden, die Beteiligung der SPD-Arbeiter am Volksentscheid zu verhindern, sowie die Hinausschiebung des Parteitages auf das kommende Jahr zu rechtfertigen.
Wie das Manöver geführt werden soll, zeigt Ströbel im Sächsischen Volksblatt. Er erklärt, Mundspühen helfe nichts, es müsse gepöbeln werden. Dann deutet er an, daß die SPD sich überstimmen lassen, aber weiter regieren will. Er erklärt: „Die sozialdemokratischen Minister kommen um die Ministerverantwortung nicht mehr dadurch herum, daß sie sich im Kabinett überstimmen lassen.“ Die Demokraten haben jetzt den Beschluß gefaßt, für die weiteren Raten zu stimmen. Ströbel schreibt weiter:
„Es wäre also möglich, daß die sozialdemokratischen Minister im Winter in einem vermutlich noch durch bürgerliche Minister erweiterten Kabinett den Schein wahren — nach der

ersten Abstimmung muß man leider so sprechen! — und gegen die 2. Rate stimmen könnten, ohne den Panzerkreuzerbau und damit eventuell die Koalitionregierung zu gefährden. Dann würde der Kreuzer ruhig zu Ende gebaut (die Kreuzer B, C, D folgten dem A so sicher, wie die 2., 3., 4. Rate der ersten). Die sozialdemokratischen Minister aber blieben ebenso ruhig in dem Kabinett.“
Ströbel erklärt dann, das genüge nicht. Die Arbeiter werden damit nicht zufrieden sein. Er verlangt von dem Parteiauschuß mehr als die Zustimmung, gegen die zweite Rate zu stimmen. Hier beste einer den anderen. Mit diesem Antrag müsse aufgeräumt werden. Somit ganz nett. Der Parteivorstand wird aber gerade das machen, was Ströbel hier verurteilt. Ströbel und die anderen Zentriften werden weiter räsonieren, aber keine Schlussfolgerungen ziehen. Hier aber liegt die Aufgabe der Zentriften und das Doppelspiel zwischen Parteivorstand und diesem. Während die Partei unentwegt den nationalitätlich-imperialistischen Kurs steuert, haben die Zentriften die Aufgabe, die Arbeiter an die Partei zu binden, indem sie ihnen vorzulesen, daß sie die Parteipolitik umstellen könnten.
So arbeiten Vorstand und Zentriften zusammen für die Imperialisten, gegen die Arbeiter.
Die Berliner demokratische Presse weiß mitzutellen, daß die Beteiligung an dem von den Kommunisten beantragten Volksentscheid vom sozialdemokratischen Parteiauschuß einstimmig abgelehnt werden wird. Seinerzeit wird an der Sitzung teilnehmen.

In dieser Situation tagte der ADGB-Kongress in Hamburg. Die Führung des ADGB verannte keineswegs ihre schwierige Lage. Es mußte etwas geschehen, um die Arbeitermassen auch weiterhin am reformistischen Gängelbande in den ausgefahrenen Gleisen der Klassenharmonie und des Wirtschaftszwangs führen zu können. Die sozialverträglichem Quasialber getrieben sich die Köpfe. Und welches ist nun das Hamburger Rezept? Es ist das alte Mittel von der „Demokratisierung der Wirt.“